

!!!! ACHTUNG Neue Fassung !!!!**10.1. Vergabebestimmungen**

Für die Durchführung von Aufträgen der ÜSTRA AG über Bauleistungen für Projekte gelten:

1. Die Bestellung der ÜSTRA
2. Die im Angebotsschreiben (Formblatt 213) genannten Unterlagen und Bedingungen
3. Besprechungsprotokolle zu Verhandlungs-, Einführungs- bzw. Vergabegesprächen
4. Die Bestimmungen der VOB
5. Die Bestimmungen des BGB über den Werkvertrag,

in der vorstehenden Reihenfolge, soweit nicht schriftlich ausdrücklich etwas anderes vereinbart worden ist.

Etwaige Vorverträge, nicht aufgeführte Unterlagen, Protokolle oder sonstige Korrespondenz im Zusammenhang mit dieser Ausschreibung und dem damit resultierenden Vertrag, insbesondere Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des Bieters werden nicht Vertragsbestandteil und damit als gegenstandslos in der Angebotswertung betrachtet.

10.2. Bei der Durchführung des Auftrages hat der Auftragnehmer alle einschlägigen Bestimmungen in der jeweils zur Zeit der Ausschreibung gültigen Fassung und evtl. folgenden zu beachten.

Hierzu gehören insbesondere auch:

1. Die Durchführungsrichtlinien zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - R-GVFG -
2. Die Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen - BOStrab -
3. Die Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr - BOKraft -
4. Die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften – **BGV-en** –, sowie die Ausgabe des Warnkreuzes Spezial Nr. 4, Ausgabe 2/2018, der Berufsgenossenschaft der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen mit dem Titel: „Sicherheitsmaßnahmen bei Arbeiten an der Infrastruktur von Bahn im Geltungsbereich der BOStrab“ als Erläuterung zur BGV wird Bestandteil der Ausschreibung. Diese Ausgabe kann als PDF-Datei per Email über Steffen.Ruschmeyer@uestra.de und Vera.Stiehler@uestra.de angefordert werden.
5. Weichenbauarbeiten sind nach dem Handbuch der ÜSTRA „Technische Regeln Weichentechnik“ in der zur Ausschreibung gültigen Fassung auszuführen. In den Unterlagen sind soweit erforderlich die Seiten 2-4 des Handbuches hinterlegt in dem der aktuelle Stand zu entnehmen ist. Sollte das vollständige Handbuch dem Bieter nicht, oder Änderungen aufgrund eines alten Standes vorliegen, so kann das gesamte Handbuch separat als PDF-Datei per Email über Steffen.Ruschmeyer@uestra.de und Vera.Stiehler@uestra.de angefordert werden.
6. Die Straßenverkehrsordnung - StVO - in Verbindung mit den ergänzenden Richtlinien und Verwaltungsvorschriften.
7. Die Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Sträuchern im Bereich von Baustellen - RSBB -in Verbindung mit dem von der jeweiligen Kommunalbehörde herausgegebenen Merkblatt über den Schutz von städtischen Bäumen, Sträuchern und Grünflächen.
8. Richtlinien zum Schutz der Erd- und Versorgungsleitungen der jeweiligen Versorgungsträger.

9. Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Verbindung mit der Verordnung über Anlagen zum Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe (VAwS) und der Abwassersatzung für die Landeshauptstadt Hannover und der angrenzenden Gemeinden und deren Abwasserzweckverbände.
Soweit in der Nähe der Entwässerungseinrichtungen Bauleistungen auszuführen sind, die deren sichere Lage oder Erhalt gefährden können, ist vor Beginn der Arbeiten oder bei Erkennen der Situation Abstimmung mit dem zuständigen Baubezirk der Stadtentwässerung Hannover herbeizuführen.
Leistungen für Entwässerungsanschlüsse werden nach Antragstellung der ÜSTRA ausschließlich durch die Stadtentwässerung Hannover beauftragt, beaufsichtigt und abgerechnet.
10. Die Anweisung zum Schutz unterirdischer Fernmeldeanlagen - Kabelschutzanweisung -.
11. Die Merksätze für Bauhandwerker bei Arbeiten in der Nähe von elektrischen Anlagen, herausgegeben von den jeweiligen Energieversorgern.
12. Das Bundesimmissionsschutzgesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnlichen Vorgänge - BImSchG.
13. Die allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschimmissionen -.
14. Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung- 32.BimSchV
15. Die jeweiligen Anordnungen der Gewerbeaufsichtsämter.
16. Abfallgesetz (AbfG) in Verbindung mit der Satzung über die Abfallbeseitigung.
17. VDE und VDV – Richtlinien.
18. Dienstanweisungen der ÜSTRA AG für das Verhalten im Gleisbereich (DA - Gleisbereich) sowie für den Einsatz fremder Fahrzeuge im Gleisnetz (DA - fremde Betriebsfahrzeuge). Diese Dienstanweisung kann als PDF-Datei per Email über Steffen.Ruschmeyer@uestra.de und Vera.Stiehler@uestra.de angefordert werden.
19. Ansprechpartner des AN
Der Auftragnehmer hat für die Gesamtleitung einen im auszuführenden Gewerk erfahrenen, befähigten Ansprechpartner einzusetzen, der für die Abwicklung der Vertragsarbeiten verantwortlich und für alle Fragen zuständig ist, sowie mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet ist. Der verantwortliche Ansprechpartner, das eingesetzte Personal sowie die Nachunternehmer sind dem Auftraggeber schriftlich mitzuteilen.
20. Der Ansprechpartner hat die Aufgaben der Sicherheitsaufsicht gemäß VBG-zu übernehmen.
21. Gültigkeit haben alle VDE- und VDV- Richtlinien der jeweiligen Gewerke (z.B. die Oberbauzusatzrichtlinien für den Gleisbau), DIN-Normen und ZTV' en, die bei der Bearbeitung der ausgeschriebenen Projekte Anwendung finden können. Zu beachten sind ebenfalls die Elt-Bau VO sowie die „Allgemein anerkannten Regeln der Technik“.
22. Ergänzende Bestimmungen für die Ausführung von Straßenbauleistungen im Stadtgebiet von Hannover - EB-Han02 -.
23. Luftreinhalte- Aktionsplan für Hannover (Ratsbeschluss vom 12. Juli 2007). Informationen unter: LHH, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün, Bereich Umweltschutz.
24. Sicherheitsbestimmungen für Arbeiten unter Oberleitungen gemäß BOStrab.

25. Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (KrW-/AbfG).
26. Entsorgung und Zuordnung von Abfälle gemäß der Abfallverzeichnis-Verordnung.

Vorbehalt:

27. Sollte es der AG für erforderlich halten, aus betriebsbedingten Gründen Anordnungen zu treffen, die im Widerspruch zu den DIN-Normen stehen, übernimmt der AG die Verantwortung.

Darüber hinaus gelten die in Vorbemerkungen, Hinweistexten oder Leistungspositionen der Leistungsbeschreibung benannten Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen (ZTV).

Wenn einzelne Vorschriften oder Richtlinien in der Zwischenzeit als Europa - Norm (EN) herausgegeben worden sind, dann gelten die Europa - Normen vorrangig vor den bisher gültigen Vorschriften oder Richtlinien. Der AN hat den AG hierüber zu informieren.

10.4. Baustelleneinrichtungsflächen

Grundsätzlich obliegt es dem AN die erforderlichen Flächen für die Lagerung und ggf. Vormontage, für Baumaterialien, Geräte, Unterkünfte oder Fahrzeuge in der Nähe des Baufeldes zu erkunden sowie die notwendigen Genehmigungen und die Anmietung für die Nutzung sicherzustellen. Vor der Nutzung der Einrichtungsflächen ist der Zustand durch den AN zu dokumentieren, die Nutzungserlaubnis einzuholen und nach der Räumung, im Zuge der Übergabe vom Eigentümer abnehmen zu lassen. Beschädigungen der genutzten Flächen, etwa durch unsachgemäßes Lagern, Bewegen von Geräten oder Material sind vom AN zu seinen Lasten zu beseitigen. Werden gemäß Leistungsverzeichnis von der ÜSTRA AG (AG) Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege zur Verfügung gestellt, sind diese nach Vorgabe des AG entsprechend wiederherzustellen.

Beschädigungen anderer Gewerke gehen zu Lasten des AN.

10.5. Verkehrssicherung, Verkehrsregelung

Der Auftragnehmer (AN) hat alle Maßnahmen zur Sicherung und Regelung des Verkehrs innerhalb der Baustelle, die wegen der von ihm ausgeführten Arbeiten erforderlich sind, auch außerhalb der Arbeitszeit, durchzuführen, sofern dies Bestandteil des Leistungsbeschreibung ist. Er hat rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten dem Auftraggeber einen Verkehrszeichenplan (§45 Abs. 6 StVO) 4-fach vorzulegen, sofern nichts anderes vereinbart ist. Verkehrsrechtliche Maßnahmen hat er nach Anordnung der zuständigen Behörden auszuführen.

Der AN hat für diese ihm obliegenden Leistungspflichten einen Verantwortlichen und dessen Stellvertreter zu bestellen und dem AG zu benennen.

Einer der Verantwortlichen muss ständig erreichbar sein.

10.6. Termine / Bauablauf

Der AN hat einen detaillierten Bauablaufplan unter Angabe des geplanten Personal- und Geräteeinsatzes, ggf. mit Angaben zu maßgeblichen Materialdispositionen auf der Basis der in den Verdingungsunterlagen genannten Terminvorgaben, sofern im LV gefordert, mit dem Angebot, ansonsten unverzüglich nach Aufforderung, spätestens jedoch 7 Kalendertage nach Zugang der Bestellung einzureichen.

Dieser Bauablaufplan ist nach Aufforderung mit dem AG abzustimmen.

10.7. Steuerung und Koordinierung

Der AN benennt dem AG vor Ausführungsbeginn einen sach- und fachkundigen Ansprechpartner (Bauleiter), der während der Ausführung und Abrechnung für die termin- und qualitätsgerechte Umsetzung der Vertragsleistung verantwortlich ist. Die Teilnahme an regelmäßigen Abstimmungsterminen (Baubesprechungen) ist auf Verlangen des AG durch persönliche Anwesenheit des Bauleiters oder eines ebenfalls zu benennenden Vertreters mit vergleichbarer Qualifikation sicherzustellen. Personelle Änderungen des Baustellenführungspersonals sind dem AG schriftlich anzuzeigen.

10.8. Arbeiten in öffentlichen Verkehrsräumen

Der AN ist u.a. verpflichtet bei der Vertragserfüllung in öffentlichen Verkehrsräumen insbesondere die Bestimmungen der Bau- und Betriebsordnung für Straßenbahnen (BOStrab), der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) und der Straßenverkehrsordnung (StVO) zu beachten.

Der AN ist darüber hinaus verpflichtet, allen Weisungen:

- des AG oder dessen bevollmächtigten Vertretern,
- der Betriebsleiter (BOStrab) der infra GmbH und ÜSTRA AG,
- der Technischen Aufsichtsbehörde (TAB)
- der Vertreter der Verkehrsbehörde der Landeshauptstadt Hannover

zur Gewährleistung der Sicherheit des öffentlichen Personennah-, Fußgänger-, Rad- und Straßenverkehrs unverzüglich Folge zu leisten. Eine Zuwiderhandlung kann den Verweis von der Baustelle und ggf. die Stilllegung zur Folge haben. Daraus resultierende Zeitverzögerungen und Schadenersatzansprüche ggf. auch Dritter gehen zu Lasten des AN.

10.9. Planunterlagen

Dem AN werden Baupläne, die zur ordnungsgemäßen Ausführung der Bauleistungen erforderlich sind, unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Er ist verpflichtet, diese Unterlagen auf Vollständigkeit, Mängel oder Unstimmigkeiten zu prüfen und den AG auf vermutete oder festgestellte Fehler hinzuweisen. Bei nachträglichen Änderungen oder Ergänzungen werden die betreffenden Ausführungsunterlagen in neuer Auflage ausgehändigt.

Die ungültigen Unterlagen sind in jedem Fall zurückzugeben.

10.10. Vermessungsleistungen bei Gleisbauarbeiten

Im Rahmen der Absteckung für die Bauausführung überträgt der AG unentgeltlich die Projektgeometrie (Hauptpunkte) in die Örtlichkeit. Zum Anlegen der Bauhöhen werden Höhenfestpunkte in unmittelbarer Nähe der baulichen Anlagen zur Verfügung gestellt.

Die Absteckung umfasst dabei:

- Abstecken der Gleislage - Hauptpunkte; z.B. Bogenanfang und -ende, Geradenanfang und -ende, jeweils unabhängig vom Abstand dieser Hauptpunkte.
- Abstecken von weiteren Gleishauptpunkten; z.B. Neigungswechsel Rampenanfang und -ende.

Über vermutete oder festgestellte Fehler, Veränderungen oder Zerstörungen der Vermarkung ist der ÜSTRA - Bauleitung unverzüglich zu berichten, damit die Absteckung überprüft und ggf. bei schuldhaftem Verhalten des AN kostenpflichtig wiederholt werden kann.

Die Bauausführungsvermessung, das sind die vermessungstechnischen Leistungen, die eine ordnungsgemäße Bauausführung gewährleisten sollen, liegt im Verantwortungsbereich des Auftragnehmers.

Die Leistungen umfassen dabei:

- Sicherung, Verdichtung und Pflege des Lage- und Höhenfestpunktes während der gesamten Bauzeit
- Vermessungstechnische Vorgaben für die Bauausführung, so dass das Baustellenpersonal mit einfachen Hilfsmitteln und ohne vermessungstechnische Fachkenntnisse in die Lage versetzt wird, das Bauwerk zu realisieren.
- Stichprobenhafte Kontrollmessung
- Fortlaufende Bestandsvermessung fertig gestellter Bauteile als Grundlage für die Erstellung von Bestandsplänen.

Zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Bauausführung und der Einhaltung der Abnahme-Toleranzen gemäß VDV Oberbau - Zusatzrichtlinie OR 10.8-Z1 hat der Auftragnehmer unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens jedoch innerhalb 10 Werktagen und rechtzeitig vor Baubeginn, der ÜSTRA ein Vermessungskonzept vorzulegen, aus dem insbesondere ersichtlich ist:

- Qualifikation des einzusetzenden (Vermessungs-) Personals
- Art und Anzahl der einzusetzenden Vermessungsgeräte
- Umsetzung der von der infra geforderten Genauigkeitsanforderungen.

Der Auftragnehmer hat vor der endgültigen Fixierung des Gleises der ÜSTRA einen Nachweis über die innere Genauigkeit der Gleisanlage, durch Messung der Pfeilhöhen in Kreis- und Übergangsbögen mit Pfeilhöhenmessgerät und Sehne oder Gleismessroller, zu erbringen.

Diese Kontrollmessung vor der endgültigen Fixierung der Gleise hat zur erfolgen:

- bei Vignolschienenngleis auf Betonlängsschwellen vor Einbringen des schwindarmen Betons
- bei eingedecktem Rillenschienenngleis vor dem Einbringen des Untergusses bei Schwellengleis nach dem 1-Stopfgang.

Ergeben die Messungen zur VOB - Abnahme eine Fehllage der Gleisanlage außerhalb der Festlegungen in den Abnahmebedingungen und wird eine Korrektur durchgeführt, so geht der Aufwand für eine Nachmessung zu Lasten des AN.

10.11. Bautagesberichte

Der AN ist verpflichtet täglich Bautagesberichte mit nachfolgend aufgeführtem Inhalt zu führen und mit dem Ende der Arbeitszeit abzuschließen.

- gem. anliegender Kopiervorlage (Formblatt 725) -

1. Baustelle, Datum, Arbeitsbeginn und -ende
2. Namen der beschäftigten Arbeitskräfte / Berufsgruppen gem. LV und Anzahl
3. Einsatzzeit und Bezeichnung der verwendeten Geräte und Maschinen
4. Art und Menge der vertraglichen Bauleistungen
5. Art und Menge der vertraglichen provisorischen Bauleistungen, z.B. provisorische Gleisanschlüsse, Überwege usw.
6. Art und Menge der Nebenleistungen
7. Angabe über Lohnarbeiten und die im Lohn eingesetzten Arbeitnehmer, die außerdem noch in einem Lohnbericht nachgewiesen werden müssen
8. Art, Menge und Begründung von außervertraglichen Leistungen, z.B. Lohnarbeiten
9. Zeiten und Begründung für Arbeitsunterbrechungen, z.B.: Witterung, Verkehrsstau, Unfall, fehlendes oder fehlerhaftes Material, Umzug, Anordnungen der infra – Bauaufsicht oder deren bevollmächtigten Vertreter
10. Art und Menge der vom AN gelieferten Stoffe
11. Art, Menge und Liefertermin abgerufener, vom AG bereitgestellter Bau- und Bauhilfsstoffe
12. Baustellenbesuche durch Vertreter behördlicher Stellen und des AG
13. Besondere Vorkommnisse

Der Bautagesbericht ist von der AN - Bauleitung / Schachtmeister zu unterschreiben und die Originalseite der ÜSTRA – Bauüberwachung oder deren bevollmächtigte Vertreter mindestens wöchentlich vorzulegen.

10.12. Stundenlohnachweise

In Ergänzung zu den **§2 Abs. 10, §15 VOB/B** sind diese spätestens **5 Werktage** nach Arbeitsausführung zur Anerkennung vorzulegen. Stundenlohnarbeiten werden nur vergütet, wenn die Bauleitung ihre Ausführung angeordnet oder vor Beginn genehmigt hat.

Die Stundenlohn-Nachweise müssen enthalten (s. Formularvordruck 729):

- Firmenangabe
- Bezeichnung der Baustelle
- Einsatztag
- Namen der Arbeitskräfte mit Angabe der Qualifikation und der Stundenzahl mit Einsatzzeit von / bis
- Bezeichnung der Baugeräte mit Angabe des Maschinisten und der Stundenanzahl mit Einsatzzeit von / bis
- Menge und Art der Lieferungen von Stoffen
- Menge und Art der außervertraglichen Leistungen
- Unterschriften des AN und des AG mit Angabe des Unterschriftendatums
- Angaben über die Witterungsverhältnisse

Im LV enthaltene Stundenverrechnungssätze dienen der Preisfestsetzung. Gemäß den vorgenannten Anmerkungen besteht kein Anspruch auf Erfüllung.

VOB/B § 2 Nr.3 findet für Stundenlohnarbeiten explizit keine Anwendung.

10.13. Lohngleitklauseln und Stoffpreisgleitklauseln sind ausdrücklich nicht vereinbart.

Eine Vereinbarung erfolgt in Ausnahmefällen, sofern die Formblätter e224 bzw. e225 Bestandteil der Aufforderung zur Angebotsabgabe und des Angebotes sind.

10.14. Regelungen gemäß Niedersächsischem Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG)

Der AN hat sicherzustellen, dass etwaige Nachunternehmer (NU) die Erklärungen und Nachweise gem. § 4 Abs. 1 und § 8 Abs. 2 NTVergG abgeben und hat diese rechtzeitig vor Leistungsbeginn dem Auftraggeber vorzulegen.

Vor Beginn der Arbeiten hat der AN die tätigen Mitarbeiter vollständig zu benennen. Diese Angaben umfassen den Vor- und Nachnamen, sowie die Sozialversicherungsnummer. Diese Angaben hat der AN nicht nur für die eigenen Mitarbeiter, sondern auch für tätige Mitarbeiter beauftragter Nachunternehmer zu übergeben. Als Unterlage hat der AN hierzu vor Baubeginn der ÜSTRA- Bauüberwachung oder deren bevollmächtigtem Vertreter das ausgefüllte Formblatt e744 (Mitarbeiterliste) zu übergeben. Bei Änderungen von tätigen Mitarbeitern, z.B. durch nachträgliche benannte Nachunternehmer hat der AN diese Liste unaufgefordert zu aktualisieren und zu übergeben. Eine Kopie dieser Liste ist in der Bauakte zu hinterlegen.

10.15. Leistungsdokumentation

Ausgeführte Leistungen sind gemäß §14 VOB/B immer von beiden Parteien gemeinsam in einem Aufmaß zu dokumentieren. Besonders ist darauf zu achten, dass Leistungen die nach Fertigstellung des Bauwerkes nicht mehr nachvollziehbar sind, unmittelbar nach Erstellung aufzumessen sind.

Zusätzliche und geänderte Leistungen (VOB/B § 2)

Werden im Vertrag vorgesehene Leistungen durch den AG oder dessen bevollmächtigte Vertreter geändert oder nicht im Vertrag enthaltene Leistungen gefordert, so hat der AN, ergänzend zu den Regelungen des §2 VOB/B, ohne weitere Aufforderung innerhalb von 12 Werktagen ein entsprechendes Nachtragsangebot schriftlich beim AG einzureichen. Die Anzeigeverpflichtungen des AN als Vergütungsvoraussetzung bleiben hiervon unberührt.

Die Einheitspreise bzw. Teilkostenansätze des Nachtragsangebotes sind auf der Grundlage der Angaben zur Preisermittlung (Formblätter e221 bzw. e222) bzw. der Urkalkulation zu bilden und die Ermittlung ist nachvollziehbar darzustellen. Dies gilt auch für Nachunternehmer – Leistungen. Der AG behält sich ausdrücklich vor, nicht transparente Kalkulationsansätze (wie z.B. Materialpreise) belegen zu lassen.

10.16. Urkalkulation

Die Urkalkulation ist unverzüglich nach Aufforderung durch den AG einzureichen.

Die **Urkalkulation** ist zum **Vergabegespräch** in einem verschlossenen Umschlag mitzubringen. **Ab einem Netto-Auftragswert von 150.000,00€ ist die Einreichung der Urkalkulation zwingend erforderlich. Bei geringeren Werten wird die Forderung durch den Einkauf in Abhängigkeit von Bauzeit und Auftragswert festgelegt.**

Der Auftrag wird erst nach Erhalt der Unterlagen erteilt. Die Unterlagen werden bei der ÜSTRA AG verwahrt. Nach Abschluss der Baumaßnahme erhält der AN diese ungeöffnet zurück.

Rückforderung erfolgt durch den AN mit der Schlussrechnung. Falls nicht erfolgt, werden die Unterlagen nach Ablauf der Mangelhaftungsfrist vernichtet.

10.17. nicht belegt**10.18. Überprüfung der Leistungen**

Zur Überprüfung der Leistung und Termine sind autorisierte Mitarbeiter der ÜSTRA AG jederzeit der Zutritt zur Baustelle, zu den Werkstätten und zu den Büros des Auftragnehmers/Subunternehmers und seiner Erfüllungsgehilfen sowie die Einsichtnahme in die entsprechenden Unterlagen zu gestatten.

Bei Arbeiten, die auf Nachweis oder Kostenerstattungsbasis durchgeführt werden oder wurden, kann die ÜSTRA AG außerdem Einsicht nehmen in Unterlagen des Auftragnehmers/Subunternehmers, die das zu zahlende Entgelt dem Grunde und der Höhe nach belegen.

Entsprechend den Geschäftsgrundsätzen der ÜSTRA AG sind die betreffenden Mitarbeiter verpflichtet, alle nicht zu ihrem Prüfungsauftrag gehörenden Informationen, die sie bei der Durchführung der Prüfung erlangen, weder innerhalb noch außerhalb der ÜSTRA AG weiterzugeben.

10.19. Vertragsstrafe

Der Auftragnehmer versichert, bei Durchführung des Auftrages die Vorschriften der Arbeitssicherheit und des Umweltschutzes sowie die Bestimmungen der Bau- und Betriebsordnung für Straßenbahnen (BOStrab) bzw. der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) zu beachten.

Insbesondere verpflichtet sich der Auftragnehmer, Weisungen des Betriebsleiters der ÜSTRA oder der für die ÜSTRA zuständigen Aufsichtsbehörde uneingeschränkt und sofort zu befolgen.

Weiterhin versichert der Auftragnehmer seinen vertraglichen Pflichten nachzukommen und den Weisungen der örtlichen Bauüberwachung / Projektleitung AG nachzukommen. Dazu gehört z.B.

auch Teilnahme an vertraglich festgeschriebenen Baubesprechungen.

Für jeden Fall der schuldhaften Zuwiderhandlung des Auftragnehmers gegen die vorgenannten Pflichten kann der Auftraggeber nach Maßgabe der nachfolgenden Bedingungen eine Vertragsstrafe fordern. Der Auftragnehmer zahlt dem Auftraggeber eine Vertragsstrafe bis zu einer Höhe von 1,0 % der Netto-Auftragssumme für eine schuldhafte Verletzung einer der vorgenannten Pflichten. Der Auftraggeber kann sich die Geltendmachung der Vertragsstrafe bis zur Fälligkeit der Schlussrechnung vorbehalten.

Die Summe der Vertragsstrafen ist der Höhe nach insgesamt begrenzt auf maximal 5,0 % der Netto-Auftragssumme. Die Geltendmachung weiterer Schadensersatzansprüche bleibt neben der Vertragsstrafe unberührt. Jede verwirkte Vertragsstrafe wird auf solche Schadensersatzansprüche angerechnet

10.20. Erdverlegte Leitungen um Baufeld

Dem AN obliegt die Informationsbeschaffung zu den Leitungsbeständen im Baubereich. Beschädigungen der vorhandenen Ver- und Entsorgungsinfrastrukturanlagen durch die Arbeiten des AN gehen zu seinen Lasten.

10.21. Nachunternehmer

Gemäß VOB/B §4 Abs. 8

Hat der AN die Absicht Nachunternehmer einzusetzen und sind diese nicht bereits im Angebot benannt, so ist der Einsatz beim AG anzumelden und ausdrücklich nur mit Genehmigung des AG zulässig. Dies gilt auch für Leistungen, auf die der AN nicht eingerichtet ist.

10.22. Beschädigungen Anlage Dritter

Werden Gebäude und Anlagen sowie Straßenflächen und deren Nebenanlagen, wie Rad- und Gehwege, Grünanlagen usw. durch unsachgemäßes Lagern von Material bzw. Befahren und Abstellen von Maschinen, Geräten und sonstigen zur Baustelle gehörenden Einrichtungen, beschädigt, hat der Verursacher (hier der AN) dafür Sorge zu tragen, dass diese Beschädigungen in Abstimmung mit den Eigentümern zu seinen Lasten beseitigt werden.

Diese Regelung gilt auch für die zur Verfügung gestellten Bauspuren.

10.23. Pressemitteilungen

Sollte es vor oder während des Ablaufes einer Baumaßnahme erforderlich werden, dass eine offizielle Information an die Anlieger, einzelne Behörden, Presse usw. herauszugeben ist, so kann dieses nur von dem Auftraggeber / Bauherren oder dessen beauftragten Vertreter in Absprache mit dem Auftraggeber / Bauherren erfolgen. Veröffentlichungen seitens des Auftragnehmers sind unzulässig. Für den Fall, dass der Auftragnehmer eine Veröffentlichung für erforderlich hält, ist der Auftraggeber / Bauherr zu informieren, und eine Textvorlage zur Veröffentlichung einzureichen.

Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen!